

Die Verträge der Europäischen Union mit Moderna

Ein Geschäftsmodell mit sozialisiertem Risiko und privatisiertem Gewinn

von Dr. Peter F. Mayer*



Dr. Peter F. Mayer.
(Bild www.tkp.at)

(CH-S) Währenddem Fussballer ungefragt ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gezerrt und verurteilt werden, braucht es viel Beharrlichkeit, um Fakten ans Tageslicht zu bringen, die wesentlich bedeutsamer sind für die Bevölkerung als das Verhalten der Fussballer. Es scheint, dass mit diesem

Vorgehen auch noch der letzten Bürgerin, dem letzten Bürger klargemacht werden soll, dass bei einer nächsten Pandemie absoluter Gehorsam gefragt sein wird. – Der folgende Artikel zeigt das Vorgehen der EU-Kommission im Zusammenhang mit der Zulassung der Covid-Impfstoffe auf.

In Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des freiheitlichen österreichischen EU-Abgeordneten Gerald Hauser bestätigt die EU-Kommission, dass investiert wurde, «bevor es sicher war, ob die betreffenden Impfstoffe erfolgreich sein würden» – und dass gleichzeitig die Haftungsrisiken der Hersteller auf die Mitgliedstaaten abgewälzt wurden. Das Risiko wurde sozialisiert, der Gewinn privatisiert.

Die Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002576/2026 des Abgeordneten Gerald Hauser (PfE) an die Kommission wurde beantwortet¹ – und die Antworten «haben es in sich», wie Hauser formuliert. Der Kern der Anfrage: Der Vertrag zwischen der Kommission und Moderna vom 4. Dezember 2020 (SANTE/2020/C3/054 – SI2.838958), unterzeichnet von Moderna-CEO Stéphane Bancel und der damaligen EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides.

Darin erkannten die Unterzeichner an, dass Moderna wegen der «beschleunigten Fristen» für Ent-



Die Moderna-Aktie schnellte 2021, im Jahr der Marktzulassung der weitgehend ungeprüften Covid-«Impfung», in die Höhe. (Bild <https://finment.com>)

wicklung, Produktion und Lieferung der mRNA-Gen-Impfung unter keinen Umständen garantieren oder irgendeine Haftung dafür übernehmen konnte, dass die Impfung ausreichend wirksam oder frei von «inakzeptablen Nebenwirkungen» war.

Die Folge: Moderna wurde von jeglicher Haftung für Impfschäden freigestellt – bei Tod, körperlicher, geistiger oder seelischer Verletzung, Krankheit oder Behinderung, bei Angst vor Verletzung, bei Sachverlust und sogar bei Betriebsunterbrechung eines Geimpften. Die Mitgliedstaaten übernahmen diese Risiken – wie auch beim Biontech/Pfizer-Impfstoff.

Die drei Fragen Hausers – und die brisanten Antworten

Hauser stellte der Kommission drei Fragen:

- Warum akzeptierte die Kommission das Risiko, dass die Gen-Impfung von Moderna unwirksam war und «inakzeptable Nebenwirkungen» hatte?
- Warum wurde Moderna von jeglicher Haftung für Impfschäden freigestellt?
- Wusste auch die Kommission bereits 2019, dass im Jahr 2020 eine Pandemie kommen würde?

Die Antworten sind, wie die FPÖ in ihrer Analyse festhält,² von erheblicher Sprengkraft.

Zum entscheidenden Punkt der Investitionen und der Haftung zitiert Hauser aus der offiziellen Antwort der Kommission: Die Investitionen hätten «in der Tat stattgefunden, bevor es sicher war, ob die betreffenden Impfstoffe erfolgreich sein würden».

* Peter F. Mayer ist Publizist für Science&Technology. Er ist Herausgeber und Chefredakteur von «tkp – Der Blog für Science&Politik» und ist erreichbar unter home@tkp.at.

Zugleich seien die Mitgliedstaaten bereit gewesen, «die mit der Haftung für nachteilige Auswirkungen verbundenen Risiken für die Hersteller zu verringern», um ausreichende Anreize für den Markteintritt zu schaffen.

Risiko sozialisiert, Gewinn privatisiert

Hausers Schlussfolgerung: «Das bedeutet im Klartext: Das Risiko wurde sozialisiert, während der Verkauf forciert wurde! Das ist kein normales unternehmerisches Risiko. Die Allgemeinheit übernahm Risiken, damit Pharmaunternehmen einen Anreiz für den möglichst schnellen Markteintritt erhielten.»

Damit ist genau das dokumentiert, was Kritiker seit Jahren sagen: Die COVID-19-Impfkampagne war für die Pharmaindustrie ein maximal einträgliches Geschäftsmodell, bei dem das unternehmerische Risiko – das normalerweise jeder Hersteller trägt – vollständig auf die Steuerzahler abgewälzt wurde.

Ein normales Unternehmen, das ein Produkt auf den Markt bringt, haftet für Schäden. Genau diese Haftung ist der marktwirtschaftliche Mechanismus, der Qualität und Sicherheit erzwingt. Genau dieser Mechanismus wurde hier systematisch ausgehebelt.

Die Frage nach dem Vorwissen: Bancel und das Jahr 2019

Besonders bemerkenswert ist die dritte Frage Hausers. Hintergrund sind Aussagen von *Moderna*-CEO *Stéphane Bancel*, wonach sich sein Unternehmen bereits 2019 auf eine Pandemie im Jahr 2020 und die Produktion von Milliarden Impfstoffdosen vorbereitet habe.

Bancel hatte dies öffentlich erklärt – unter anderem im Umfeld des *Weltwirtschaftsforums*, wie TKP berichtete.³ Moderna hatte demnach 2019 schon 100 000 Impfdosen erzeugt.

Die Antwort der EU-Kommission darauf ist ebenso aufschlussreich wie ausweichend: Sie ging auf diese Aussagen nicht näher ein und behauptete lediglich, ihr sei – anders als Bancel beziehungsweise Moderna – nicht bekannt gewesen, dass es 2020 zu einer Pandemie kommen würde.

Wobei die EU-Kommission schon früher ein eigenes Pandemie-Planspiel im Jahr 2019 zugegeben hatte.⁴

Das heisst im Umkehrschluss: Die Kommission bestreitet nicht einmal, dass Moderna es

wusste. Sie bestreitet nur ihr eigenes Vorwissen, was offenbar auch sehr fragwürdig ist. Eine bemerkenswerte Konstellation.

Die offenen Fragen – Hauser will weitergraben

Hauser kündigt an, die Angelegenheit nicht auf sich beruhen zu lassen: «Warum wurden solche Vertragsbedingungen akzeptiert? Wer hat entschieden, dass die Allgemeinheit die Risiken übernehmen soll? Und warum wurde dieses System derart abgeschirmt? Das will ich als Nächstes mit einer weiteren Anfrage von der EU-Kommission wissen. Es geht um Milliarden an Steuergeld, um Haftung und letztlich um die Gesundheit der Bürger. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wer diese Entscheidungen getroffen hat und wem sie tatsächlich genutzt haben.»

Fazit

Was dieses Dokument leistet, ist ein offizielles Eingeständnis der strukturellen Bedingungen, unter denen die COVID-19-Impfstoffe beschafft wurden:

- Investiert wurde vor dem Nachweis der Wirksamkeit;
- Gehaftet wurde für nichts – weder für Unwirksamkeit noch für «inakzeptable Nebenwirkungen»;
- Das Risiko trug die Allgemeinheit, den Gewinn die Pharmaindustrie.

Damit ist die entscheidende Frage nicht mehr, ob die COVID-Impfkampagne als Geschäftsmodell zugunsten der Industrie konstruiert war, sondern wer diese Entscheidungen getroffen hat und wem sie tatsächlich genutzt haben.

Die Antworten darauf stehen noch aus. Aber die Richtung, in die Gerald Hauser gräbt, dürfte den Verantwortlichen in Brüssel zunehmend unangenehm werden.

Quelle: <https://tkp.at/2026/09/07/eu-kommission-gibt-zu-covid-spritzen-ein-geschaeftsmodell-mit-sozialisiertem-risiko-und-privatisiertem-gewinn>, 7. September 2026

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2026-002576_DE.pdf

² <https://www.fpoe.eu/hauser-eu-kommission-machte-covid-19-impfungen-zum-maximal-eintraeglichen-geschaeftsmodell>

³ <https://tkp.at/2023/03/07/moderna-ceo-wir-haben-2019-schon-100-000-impf-dosen-erzeugt>

⁴ <https://tkp.at/2025/08/21/eu-kommission-gibt-eigenes-pandemie-planspiel-im-jahr-2019-zu>